

Stand: 09.02.2026 01:30:18

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8093

"Die Situation in der bayerischen Erstaufnahme - Landtag mit einbeziehen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8093 vom 29.09.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 53 vom 30.09.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/8948 des SO vom 10.11.2015
4. Beschluss des Plenums 17/9123 vom 24.11.2015
5. Plenarprotokoll Nr. 58 vom 24.11.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hannis, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Die Situation in der bayerischen Erstaufnahme – Landtag mit einbeziehen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in den Ausschüssen für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport sowie Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration durch den zuständigen Staatsminister/ die zuständige Staatsministerin umgehend über die aktuelle Situation in der bayerischen Erstaufnahme und die geplanten Maßnahmen für die anstehenden Wintermonate zu berichten.

Begründung:

Trotz zusätzlicher Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern, die ursprünglich die Einrichtung in Zirndorf und die Bayernkaserne entlasten sollten, sind die Kapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen aktuell so gut wie ausgeschöpft. Die Kommunen haben schnell und unbürokratisch Betten in Notunterkünften zur Verfügung gestellt. Trotzdem müssen viele Asylbewerber derzeit in Zelten oder anderen Provisorien untergebracht werden. Ohne die enorme Hilfsbereitschaft der bayerischen Bevölkerung wäre die Lage in den Erstaufnahmeeinrichtungen untragbar. Vor dem Hintergrund, dass für dieses Jahr 800.000 Asylbewerber in Deutschland erwartet werden, ist diese Situation untragbar. Der Asylgipfel der Staatsregierung Anfang September 2015 er gab kaum konkrete Maßnahmen und fand ohne Vertreter der Opposition statt. Die Staatsregierung muss daher den Landtag mit einbeziehen und aufgrund der Dringlichkeit umgehend die zuständigen Ausschüsse informieren.

Euro auf 27,5 Millionen Euro erhöht. Obendrauf gibt es 10 Millionen Euro aus dem allgemeinen Wohnraumfördertopf. Wir erreichen damit fast 37 Millionen Euro; die FREIEN WÄHLER haben 40 Millionen Euro gefordert. Ich betone, dass wir die Mittel im Haushalt 2015/2016 noch einmal um 3 Millionen Euro erhöht haben.

Wenn Sie es wissen wollen, dann sage ich Ihnen auch diese Zahlen: Derzeit sind rund 1.000 Wohnheimplätze im Bau. Für weitere 1.500 Wohnheimplätze liegen konkrete Planungen und sogar schon Förderzusagen vor. Wenn Sie den Bestand betrachten und die in Bau befindlichen und die geplanten Wohnungen mit hinzunehmen, dann liegen wir nicht mehr bei 10 %, sondern kommen auf über 11 %. Jetzt können Sie die Bilanz aufmachen und sich die Steigerung der Studierendenzahlen anschauen, sehen dabei, was in Bezug auf Wohnheimplätze nachgeholt worden ist, und erkennen, dass wir ganz ausgezeichnet dabei sind.

Aus diesem Grund ist der Antrag völlig überflüssig. Ich bitte, dem Antrag der CSU zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatssekretär, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Herr Kollege Glauber hat sich ganz zum Schluss noch gemeldet. Herr Kollege, Sie haben das Wort für eine Zwischenbemerkung.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatssekretär Eck, im Haushalt stehen jetzt 22,5 Millionen Euro. Sie haben es angeprochen: Durch die gegenseitige Deckungsfähigkeit holen Sie sich natürlich immer Geld. Wir haben aber das Problem, dass es zu wenig Wohnraum gibt. Bund und Land brauchen also höhere Wohnraumbeträge. Wenn das so ist, dann seien Sie doch so ehrlich und schreiben gleich 37,45 Millionen Euro in den Haushaltssatz. Schreiben Sie den tatsächlichen Bedarf hinein, damit wir dem Thema gerecht werden. Ich fordere Sie als Staatssekretär auf: Gehen Sie ins Kabinett hinein und verhandeln Sie das. Das wäre ehrlicher, als zu sagen: 22 Millionen Euro schreiben wir hinein, und dann schauen wir einmal, ob irgendwo Titel gegenseitig deckungsfähig sind. So ist es kein ehrlicher Ansatz.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Glauber. – Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Ehrlich ist es so, wie wir es handhaben. Wir schreiben die Mittel für jene Projekte hinein, bei denen wir sicher sind, dass wir sie auch umsetzen. Wenn wir aufgrund von Konferenzen, die wir vor Ort – in Würzburg und München; weitere stehen aus – mit den Präsidenten, mit den Studentenwerken, mit den Oberbürgermeistern oder den Bürgermeistern abhalten, weitere Grundstücke bekommen und hierdurch Flächen für zu schaffende Wohnheimplätze frei werden, dann werden wir die Summe aus unseren verschiedenen Töpfen entsprechend ergänzen. Deshalb ist es im Haushalt letztendlich so vorgesehen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatssekretär. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/8089 – das ist der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Dies sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/8102 – das ist der Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/8103. Das ist der Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion. Wer ihm seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. – Stimmabstimmungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/8091 bis 17/8096 und 17/8104 und 17/8105 werden an die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen.

Ich gehe nun zurück zu den Dringlichkeitsanträgen, die das Asylrecht betreffen. Für zwei dieser Dringlichkeitsanträge ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Wir kommen jetzt zur Abstimmung im Einzel-



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend,
Familie und Integration**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt
u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 17/8093

**Die Situation in der bayerischen Erstaufnahme –
Landtag mit einbeziehen!**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Ausschüssen für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport sowie Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration monatlich über die aktuelle Situation in der bayerischen Erstaufnahme und die geplanten Maßnahmen für die anstehenden Wintermonate schriftlich zu berichten.“

Berichterstatter: **Dr. Hans Jürgen
Fahn**
Mitberichterstatter: **Thomas Huber**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 38. Sitzung am 22. Oktober 2015 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 33. Sitzung am 10. November 2015 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Das Wort „sowie“ wird durch ein Komma ersetzt.
2. Nach dem Wort „Integration“ werden die Worte „und Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen“ eingefügt.

Joachim Unterländer
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREEIE WÄHLER)**

Drs. 17/8093, 17/8948

Die Situation in der bayerischen Erstaufnahme – Landtag mit einbeziehen!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Ausschüssen für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration und Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen monatlich über die aktuelle Situation in der bayerischen Erstaufnahme und die geplanten Maßnahmen für die anstehenden Wintermonate schriftlich zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlage mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit sowie über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa
COM (2015) 192 final
BR-Drs. 212/15
Drs. 17/7542, 17/8924 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Bericht zu Uran in Böden und im Grundwasser
Drs. 17/7325, 17/8927 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Patienten besser vor gefährlichen Medizinprodukten schützen!
Drs. 17/7555, 17/9060 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU)
Innovationsfähigkeit des Wissenschaftssystems erhalten
Drs. 17/7558, 17/9051 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine neuen Legehennenküfige mehr in Bayern
Drs. 17/7640, 17/8928 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Herbert Woerlein, Horst Arnold u.a. SPD
Bessere Kennzeichnung der Herkunft und Haltungsform bei allen Fleischprodukten
Drs. 17/7641, 17/8929 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Michael Brückner, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Bericht zur Sachlage des Verkaufs und des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln
Drs. 17/7689, 17/8931 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Förderung der nachhaltigen Tourismusentwicklung
Drs. 17/7883, 17/8760 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die Situation in der bayerischen Erstaufnahme – Landtag mit einbeziehen!
Drs. 17/8093, 17/8948 (E) [X]

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die CSU-Fraktion hat gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO beantragt, die Fassung des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen der Abstimmung zugrunde zu legen.

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Prestigeprojekte in ein gesamtbayerisches Kulturkonzept einbetten
Drs. 17/8203, 17/9052 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kommunen entlasten, Rechtssicherheit herstellen - der Bund soll für Schäden durch Asylbewerber und Flüchtlinge aufkommen
Drs. 17/8421, 17/8949 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima)
Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausstellung "Großbaustelle 793" auch in Franken präsentieren
Drs. 17/3103, 17/8930

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

13. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert,
Arif Tasdelen u.a. SPD
Alternative Modelle der Erzieherausbildung erproben – Qualitätsmerkmale verankern
Drs. 17/7283, 17/8947

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.